



Berufungsentscheidung

Der Unabhängige Finanzsenat hat über die Berufung der Bw., vom 19. Juli 2009 gegen den Bescheid des Finanzamtes Wien 4/5/10 vom 9. Juli 2009 betreffend Einkommensteuer (Arbeitnehmerveranlagung) entschieden:

Der Berufung wird Folge gegeben.

Der angefochtene Bescheid wird abgeändert.

Die Bemessungsgrundlagen und die Höhe der Abgaben sind dem den als Beilage angeschlossenen Berechnungsblatt zu entnehmen und bilden einen Bestandteil dieses Bescheidspruches.

Entscheidungsgründe

Mit Einkommensteuerbescheid 2008 forderte das Finanzamt 444,44 Euro im Wege der Arbeitnehmerveranlagung nach, und begründete dies damit, dass der Alleinerzieherabsetzbetrag nur dann zustehe, wenn die Alleinerzieherin im Kalenderjahr mehr als sechs Monate für mindestens ein Kind Anspruch auf Familienbeihilfe hat.

Die gegen diesen Bescheid gerichtete Berufung brachte die Bw. wie folgt vor:

Der Alleinerzieherabsetzbetrag steht mir zu, da ich im Kalenderjahr mehr als sechs Monate Anspruch auf Familienbeihilfe hatte bzw. Kindergeld und Kindergeldzuschlag in Deutschland

bezogen habe. Der Antrag auf Familienbeihilfe liegt beim Finanzamt vor und ist von Ihrer Seite in Bearbeitung.

Das Finanzamt wies vorstehende Berufung mit der Begründung ab, da die Berufungswerberin (Bw.) von Jänner bis April 2008 Familienbeihilfe für ihren Sohn C. und von November 2008 bis Dezember 2008 für ihren Sohn M. erhalten hat.

Daraufhin beantragte die Bw. die Vorlage ihrer Berufung an die Abgabenbehörde zweiter Instanz mit der Begründung einen Antrag auf Familienbeihilfe für das Jahr 2008 für ihren Sohn M. gestellt zu haben. Das in diesem Zeitraum von Deutschland ausgezahlte und zurückgeforderte Kindergeld sei vom Finanzamt an die Familienkasse Deutschland erstattet worden.

Über Vorhalt legte die Bw. in der Folge den am 11. Jänner 2012 eingebrachten Antrag auf Familienbeihilfe für Ihren Sohn M. für den Zeitraum Jänner bis Oktober 2008 vor, welcher laut Mitteilung des Finanzamtes mit Zuerkennung der Familienbeihilfe erledigt wurde.

Über die Berufung wurde erwogen:

Gemäß § 33 Abs. 4 Ziffer 2 EStG steht Alleinverdienern ein Alleinerzieherabsetzbetrag zu. Alleinerziehende sind Steuerpflichtige, die mit mindestens einem Kind (§ 106 Abs. 1 EStG 1988) mehr als sechs Monate im Kalenderjahr nicht in einer Gemeinschaft mit einem (Ehe)partner leben.

Da die Bw. für ihren Sohn M. (nunmehr) von Jänner bis Dezember im Jahre 2008 Anspruch auf Familienbeihilfe hatte, ist der Anspruch auf den Alleinerzieherabsetzbetrag gegeben und es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

Beilage: 1 Berechnungsblatt

Wien, am 9. Februar 2012